



Info Dienst Nr. 24 / 17. Dezember 2010

Liebe Leserin,
lieber Leser,

mit dieser Ausgabe des Info-Diensts möchte ich Sie über die letzte Sitzungswoche im Deutschen Bundestag in diesem Jahr informieren.

Die Finanzkrise in der Europäischen Union stand im Mittelpunkt der politischen Debatte. Von der Bundesregierung kam über viele Monate hinweg kein Vorschlag, um Konsequenzen aus der Finanzkrise zu ziehen, Verursacher der Krise an den Kosten zu beteiligen, Spekulationen zu begegnen und damit auch den Märkten das unmissverständliche Signal zu geben: Der Bestand des Euro und die Stabilität des Euro-Raums stehen außer Zweifel. Statt dessen fragen sich zu Recht immer mehr Menschen in Deutschland wo das ganze hin führen soll und was dies konkret auch für die finanzielle Beteiligung von Deutschland bedeutet.

Die SPD hat in dieser Woche erneut gefordert, endlich Konsequenzen aus der aktuellen Krise zu ziehen. Banken und Spekulanten müssen stärker zur Verantwortung gezogen werden, damit nicht immer die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler am Ende die Kosten übernehmen müssen.

Zum Schluss möchte ich die Gelegenheit nutzen, allen zu danken, die meine Arbeit in diesem Jahr begleitet haben. Aus den zahlreichen Begegnungen und Gesprächen konnte ich viele wichtige Eindrücke mit nach Berlin nehmen. Mit der Internetseite www.rotor-rucksack.de wird am 28.12.2010 eine weitere Homepage an den Start gehen, bei der die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen sind, mir ihre Anregungen, ihre Ideen und ihre Kritik direkt in meinen „Rucksack für Berlin“ zu geben. Ich würde mich freuen, wenn Sie diese neue Möglichkeit nutzen würden. Mein Jahresbericht in gedruckter Form kann in meinem Bürgerbüro in Unna angefordert werden.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien schöne und erholsame Feiertage.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Kaczmarek

Die Themen:

1. Die Finanzkrise der Europäischen Union
2. Weiterentwicklung der Bildungszusammenarbeit
3. Aktuelle Stunde zum Klimagipfel der Vereinten Nationen in Cancún
4. Im Blickpunkt

1. Die Finanzkrise der Europäischen Union

Der EU-Gipfel am 16. und 17. Dezember steht unter großem Erwartungsdruck. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat zu einer schweren Belastungsprobe geführt. Durch die Zuspitzung ist deutlich geworden, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt in seiner bisherigen Form nicht ausreicht, um Fehlentwicklungen entgegenzuwirken und für die Zukunft verlässliche Krisenbewältigungsmechanismen und -instrumente zu installieren.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in einem Antrag umfassende Konsequenzen aus der Finanzkrise zu ziehen. Die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise und ihrer Folgen darf nicht allein den Bürgerinnen und Bürgern der Eurozone aufgebürdet werden. Die Belastung der Steuerzahler als Ausfallbürgen für Banken, massive Einschnitte bei Lebensstandard oder bei öffentlichen Leistungen führen zu sozialen Spannungen. Notwendig ist die Beteiligung der Gläubiger, eine stärkere Koordination der nationalen Steuerpolitiken, um die negativen Auswirkungen von unfairer Steuerwettbewerb und Steuerflucht zu beschränken. Künftig muss viel stärker die Wechselwirkung zwischen Schuldenstand und Haushaltsdefizit eines Mitgliedstaates berücksichtigt werden, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu garantieren. Insgesamt müssen die Mitgliedstaaten ihre Politiken im Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik mehr koordinieren. Nötig ist insbesondere die Einführung eines Frühwarnmechanismus für Krisen. Die soziale Dimension der Europäischen Union als zentraler Teil des europäischen Gesellschaftsmodells ist deutlich zu stärken. Eine wirksame Krisenbewältigung muss jetzt beginnen, strukturelle Probleme sind jetzt anzugehen und dürfen nicht verschoben werden.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/041/1704183.pdf>

2. Weiterentwicklung der Bildungszusammenarbeit von Bund und Ländern

Auch wenn Deutschland sich bei den PISA-Ländervergleichen nach 2000 als eines der wenigen Länder kontinuierlich verbessert hat, bleibt der Auftrag an die Bildungspolitik doch eindeutig: Bund, Länder und Kommunen dürfen in ihren Anstrengungen jetzt nicht nachlassen, sondern müssen sie noch verstärken. Diese bildungspolitische Aufgabe war auch Thema einer aktuellen Stunde in dieser Sitzungswoche im Deutschen Bundestag.

Der nach dem PISA-Schock im Jahr 2000 gemeinsam von Bund und Ländern begonnene Weg, mit Bildungsreformen, dem Ausbau des Kita-Angebots und einem beispiellos erfolgreichen Ganztagschulprogramm, das noch Gerhard Schröder auf den Weg gebracht hat, das Bildungssystem zu modernisieren, muss mit Nachdruck fortgesetzt werden. Dazu müssen Bund und Länder aber ihre aktuelle gegenseitige Bildungsblockade überwinden und einen neuen Ansatz für eine nachhaltige, konstruktive Bildungszusammenarbeit finden. Die SPD-Bundestagsfraktion schlägt hierzu einen Nationalen Bildungspakt vor, der bessere Kitas und Schulen, mehr Ganztagsangebote und eine größere Personalausstattung mit klaren Finanzierungszusagen des Bundes verbindet.

Für die SPD-Bundestagsfraktion sind bessere Bildungsinfrastrukturen der Schlüssel für ein leistungsfähigeres und sozial gerechteres Bildungswesen. Auch sind erste Erfolge der zahlreichen in den Ländern angegangenen Reformen nicht zu übersehen. Dennoch wäre es zu einfach, sich lediglich gegenseitig für die leichten Erfolge zu beglückwünschen. Denn weiterhin bleibt die soziale Ungerechtigkeit im deutschen Bildungswesen die größte gemeinsame Herausforderung. Ebenso können wir uns mit Mittelmaß etwa bei den Leseleistungen nicht zufrieden geben.

Bessere Bildungsinfrastrukturen bedeuten bessere Bildungschancen und mehr individuelle Förderung für alle Kinder und damit auch mehr soziale Gerechtigkeit. Dafür braucht Deutschland den Nationalen Bildungspakt.

Folgende drei Voraussetzungen müssen für den Nationalen Bildungspakt erfüllt werden:

Die Bildungsfinanzierung muss sicher gestellt werden, d. h. 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukt bis 2015 und mindestens 20 Milliarden Euro pro Jahr gemeinsam von Bund und Ländern müssen zusätzlich für Bildung zur Verfügung stehen. Der Bund selbst muss dafür 10 Milliarden Euro im Jahr bereit stellen.

Der Ausbau der Bildungsinfrastrukturen hat oberste Priorität. Dies gilt vor allem für ein neues Ganztagschulprogramm, für die Schulsozialarbeit und die frühkindliche Bildung. Wir brauchen auch eine bessere Koordinierung der Bildungspolitik in Deutschland durch eine „offene Koordinierung“ über die Weiterentwicklung des Nationalen Bildungsberichts, vor allem durch die Aufnahme signifikanter und nachprüfbarer Benchmarks, die entweder bereits vereinbart oder aussagekräftig sind.

Bund und Länder werden aufgefordert, eine gemeinsame Arbeitsgruppe einzurichten, um die Vereinbarung zu einem „Nationalen Bildungspakt“ und zur Weiterentwicklung des Nationalen Bildungsberichts vorzubereiten.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/041/1704187.pdf>

3. Aktuelle Stunde im Deutschen Bundestag zum Klimagipfel in Cancún

In einer aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag wurde über den Klimagipfel der Vereinten Nationen in Cancún debattiert. Die UN-Klimakonferenz hat nach zähem Ringen Entscheidungen getroffen, die Klimaschutz und Anpassung an Klimafolgen voranbringen sollen. Dies soll ein späteres Abkommen vorbereiten. Die Beschlüsse gelten für alle Unterzeichnerstaaten - auch für die USA und China. Es wurde unter anderem Folgendes vereinbart:

Zwei-Grad-Ziel: In einer Präambel erkennen 193 Staaten an, dass sich die Erde um höchstens zwei Grad erwärmen darf.

Kyoto-Protokoll: In Sachen Klimaschutz verhandelte die Konferenz von Cancún parallel auf zwei Pfaden. In einem Beschluss nur für die Mitglieder des Kyoto-Protokolls, das Emissionspflichten nur für Industriestaaten ohne die USA vorsieht, wird bekräftigt, dass die Unterzeichnerstaaten insgesamt bis 2020 ihre CO₂-Emissionen um 25 bis 40 Prozent unter den Stand von 1990 absenken sollen. Eine zweite Verpflichtungsperiode des Protokolls wird erwähnt. Dieser Weg war notwendig, weil die USA dem Kyoto-Pfad mit seinen international verbindlichen Klimazielen nicht folgen möchten. Die Regierung in Washington hat das Protokoll nie ratifiziert.

Weitere Entscheidungen betrafen die Einführung eines Klimafonds und den stärkeren Schutz des Waldes.

Die nächste UN-Klimakonferenz ist vom 28. November bis zum 9. Dezember 2011 im südafrikanischen Durban geplant. Dort soll es um ein neues Klimaschutzabkommen gehen, mindestens aber um die Festlegung weiterer Ziele für die Minderung von Emissionen. Die Europäische Union will bereits im Frühjahr 2011 erneut über ihr Ziel zur Minderung des Treibhausgas-Ausstoßes beraten. Dabei geht es auch darum, die bislang geltende Minderung um 20 Prozent auf minus 30 Prozent zu verschärfen.

Genau dies war zentrales Thema der Debatte in der aktuellen Stunde. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung dazu aufgerufen, die zwar kleinen aber

positiven Signale aus Cancún zu nutzen, um auf europäischer Ebene mehr Druck für eine nachhaltige Klimapolitik zu entfalten. Das europäische Ziel muss jetzt nach den Beschlüssen von Cancún auf mindestens 30 Prozent hochgesetzt werden.

4. Im Blickpunkt

Missbrauch der Leiharbeit verhindern

Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) stellt mit der Leiharbeit Unternehmen ein unkompliziertes Instrumentarium zur Verfügung, Auftragsspitzen zu bewältigen oder für einen vorübergehenden Ausfall von Beschäftigten schnell Ersatz zu finden. Missbrauch in der Leiharbeit hat jedoch zu Lohndumping und einer Zunahme prekärer Beschäftigung geführt. Mit der vollständigen Umsetzung der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit im Mai 2011 droht sich die Situation weiter zu verschärfen. Sich dem Lohndumping zu entziehen, wird dann auch für seriöse Leiharbeitsunternehmen deutlich schwieriger.

In einem entsprechenden Antrag zeigt die SPD-Bundestagsfraktion auf, welche Regelungen, ein Gesetzentwurf beinhalten muss. Dabei sind vier entscheidende Bedingungen zu berücksichtigen:

- **Gleiches Geld für gleiche Arbeit:** Der „Equal Pay“-Grundsatz im Verhältnis von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitnehmern zu Stammarbeiternehmer/-innen muss gelten.
- **Keine Verträge von Fall zu Fall:** Der Entliehene muss auch in Zeiten ohne Arbeitseinsatz weiter im Arbeitsverhältnis stehen und entlohnt werden.
- **Klar „mitbestimmt“:** Die Betriebsräte in den Entleihbetrieben brauchen wirksame Mitbestimmungsrechte für in ihrem Betrieb eingesetzte Leiharbeiterinnen und Leiharbeitnehmern.
- **Ein Platz, ein Jahr:** Der Einsatz einer Leiharbeiterin oder eines Leiharbeitnehmers soll nur „vorübergehend“ sein. Nach einem Jahr sind Leiharbeitseinsätze zu beenden.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/041/1704189.pdf>

Freie und gleiche Wahlen in Belarus einfordern – Menschenrechtsslage verbessern

Für den 19. Dezember 2010 sind in Belarus Präsidentschaftswahlen angekündigt. Internationale Beobachter befürchten, dass die Wahlen weder gleich noch frei sein werden. Vielmehr besteht die Gefahr, dass der autokratische Präsident Alexander Lukaschenko lediglich im Amt bestätigt wird und eine hierfür inszenierte und über weite Strecken staatlich gesteuerte Wahl als pseudodemokratische Legitimation dienen soll.

Wenngleich sich die Menschenrechtssituation für Angehörige der Opposition im Vergleich zu den Kommunalwahlen im Jahr 2010 und den letzten Präsidentschaftswahlen leicht verbessert hat, sehen sich oppositionelle Gruppen, Menschenrechts- und zivilgesellschaftliche Organisationen im Vorfeld der anstehenden Wahlen behindert. Ihre Mitglieder werden weiterhin diskriminiert und durch administrativ-polizeiliche Maßnahmen in ihren Rechten beeinträchtigt. Die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit wird immer wieder eingeschränkt.

Die SPD plädiert dafür, nach den Wahlen, wenn eine umfassende Bewertung vorliegt, diese auszuwerten und intensiv zu diskutieren. Als Mitglied der deutsch-belarussischen Parlamentariergruppe werde ich die Thematik weiter verfolgen.

Ausbildungsbonus bis 2013 verlängern

Mit dem Ausbildungsbonus haben wir 2008 ein Arbeitsmarktinstrument geschaffen, das Berufseinsteigerinnen und -einsteigern früherer Schulabschlussjahre – also den so genannten Altbewerberinnen und Altbewerbern - gute Bedingungen für einen Einstieg in das Berufsleben ermöglichen soll. Der Ausbildungsbonus bietet die Chance auf eine betriebliche Ausbildung, die es aufgrund persönlicher Umstände schwer haben, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu finden. Bis zum September 2010 haben mehr als 40.000 Altbewerberinnen und Altbewerber durch den Ausbildungsbonus eine Chance auf einen Einstieg in den beruflichen Aufstieg erhalten. Insofern hat sich das Instrument bewährt.

Die Bundesregierung hat im Juli dieses Jahres einen ersten Bericht zur Wirksamkeit dieses arbeitsmarktpolitischen Instruments vorgelegt. Doch im Gegensatz zu der vorliegenden Evaluierung, die infolge der kurzen Zeitspanne lediglich beschreibenden Charakter hat, muss eine tragfähige Wirkungsanalyse des Instruments vorgenommen werden. Die jetzige Bundesregierung hat im Rahmen des Beschäftigungschancengesetzes beschlossen das Instrument des Ausbildungsbonus bereits Ende 2010 auslaufen zu lassen, mit Ausnahme des Ausbildungsbonus für Insolvenzauszubildende. Verwiesen wird lediglich auf die im kommenden Jahr anstehende Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente, ohne Details zu nennen. Am Beispiel Ausbildungsbonus wird deutlich: Die Bundesregierung will erfolgreiche Rechtsansprüche auf Qualifizierung und Bildung in der Arbeitsmarktpolitik abschaffen.

Mit unserem Antrag fordern wir die Verlängerung des Ausbildungsbonus um drei Jahre.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/041/1704191.pdf>